

27. August 2021

## Pressemitteilung

### Landeselternbeirat erwartet schwieriges Schuljahr

Im Einvernehmen mit vielen Kreis- und Stadtelternbeiräten und nach Rücksprache mit dem Hessischen Kultusministerium, insbesondere Kultusminister Professor Dr. Lorz erwartet der Landeselternbeirat ein schwieriges bzw. ein ganz und gar nicht störungsfreies Schuljahr und bringt seine Enttäuschung über die wieder einmal ohne Beteiligung der hessischen Elternvertretung festgelegten Maßnahmen zum Ausdruck.

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass eine Pandemie oder Großschadenereignisse nicht planbar sind. Voraussetzung für Handlungsfähigkeit in der Krise ist allein eine modulare Konzeption mit realistischen Szenarien und die Möglichkeit zur flexiblen Reaktion. Eine wirksame Krisenbewältigung ist nur dann möglich, wenn man auf den schlimmsten Fall vorbereitet ist, nicht, wenn man das Beste hofft. Die aktuelle Coronavirus-Schutzverordnung erfüllt diese Bedingungen nicht. Insbesondere mit Blick auf die Schulen starten wir zum zweiten Mal hintereinander mit schlechten Voraussetzungen in das neue Schuljahr. Wir bezweifeln, dass unter diesen Bedingungen das Projekt „Löwenstark“ ein Erfolg werden kann.

Grundlage für die aktuelle Coronavirus-Schutzverordnung sowie den Erlass zu Absonderungsentscheidungen und die Planungen des kommenden Schuljahres sind offensichtlich vier Grundannahmen:

Erstens sind gut 60 % der Bevölkerung mittlerweile geimpft. Diese Tatsache wird als Begründung herangezogen für eine deutlich bessere Ausgangsposition als im letzten Jahr. Das trifft aber nicht auf die Schulen zu. Die Impfquote der Schüler:innen steigt zwar aktuell deutlich an, jedoch wird diese besonders in den Grundschulen altersbedingt auch weiterhin bei nahezu 0 % bleiben. Aus Gründen des Datenschutzes bleibt die Impfquote des erwachsenen Schulpersonals auch weiterhin im Dunkeln, ein Umstand, der schon deshalb irritiert, weil den Lehrkräften ein lückenloses Bild darüber vorliegt, welche Schüler:innen geimpft sind und welche nicht.

Zweitens gelten geimpfte Personen nach den Regelungen der aktuellen Coronavirus-Schutzverordnung als nicht infektiös und müssen deshalb in der Schule nicht mehr getestet werden, selbst dann nicht, wenn sich im Haushalt der geimpften Person eine andere Person infiziert hat. Dass geimpfte Personen sich sowohl infizieren und diese Infektion an andere Personen weitergeben können, wird hierbei ignoriert. Geimpfte Personen werden so schnell zu einem blinden Fleck des Infektionsgeschehens.

Drittens werden Infektionen von Kindern als wenig problematisch erachtet, da diese in der Regel mild verlaufen. Das ist zwar richtig, blendet jedoch das Thema Longcovid komplett aus. In den USA, Großbritannien und Israel geht man davon aus, dass jede siebente infizierte Person, geimpft oder ungeimpft, unter Longcovid leidet.

Viertens seien unsere Schulen sicher. „Dieses Mantra vom letzten Schuljahr“, so der Vorsitzende des Landeselternbeirates Volkmar Heitmann, „wird nun wiederholt. Nur: Das stimmte nie und das wird mit einiger Wahrscheinlichkeit auch diesmal nicht stimmen. Das Kultusministerium verlässt sich zu einseitig auf die Wirksamkeit des Impfens. Das aber widerspricht den Warnungen von Virolog:innen und Epidemiolog:innen.“ Dabei können wir uns in Deutschland nicht auf eigene Erfahrungswerte berufen.

In das vergangene Schuljahr sind wir mit der Ausgangsvariante des Virus gestartet, als die britische Variante Deutschland erfasst hatte, galt ein bundesweiter Lockdown, es fand Wechsel- oder Distanzunterricht statt. Jetzt starten wird mit der deutlich aggressiveren Delta-Variante unter Vollpräsenz. Entsprechende Daten in Deutschland fehlen, Erfahrungen aus dem Ausland werden schlichtweg ignoriert. Ein gewaltiger Feldversuch nimmt seinen Anfang.

„In der Abkehr von an Inzidenzen gebundenen Stufenplänen im Bereich Schule sehen wir den Versuch, die Konzeptlosigkeit der Coronavirus-Schutzverordnung bezüglich der Schulen weg zu definieren.“, sagt Thorsten Sprenger, Stellvertretender Vorsitzender. „Es darf bezweifelt werden, dass diese Strategie lange Bestand hat. In der Altersgruppe der 5 bis 14jährigen erreichen zum Beispiel mehrere nordrhein-westfälischen Städte Inzidenzwerte von 500 bis über 700. In der Folge wird mit Sicherheit auch die Hospitalisierung von Kindern Thema werden.“

Wechsel- und Distanzunterricht sollen nach dem Verständnis des HKM nicht mehr zum Instrumentarium der Schulen gehören. Ingo Radermacher, Stellvertretender Vorsitzender merkt dazu an, dass „in der Coronavirus-Schutzverordnung explizit auf Distanzunterricht für alle Kinder, die nicht am Präsenzunterricht teilnehmen werden bzw. können oder dürfen, verwiesen wird. Eine wirkliche, landesweite Konzeption mit definierten Anforderungen für einen Distanzunterricht gibt es aber auch nach fast 18 Monaten Pandemie immer noch nicht.“ Und so kann Distanzunterricht auch weiterhin von der Versorgung mit Aufgaben per Post, über Zuschaltung zum Unterricht bis hin zum Onlineunterricht alles sein.

Was ist eigentlich planerisch in den Sommerferien passiert? Wo sind die Fortbildungen für Lehrkräfte? Wo wurden Unterrichtsmodelle entwickelt und trainiert, die auch unter Pandemiebedingungen durchführbar sind? Solche Unterrichtsmodell sind lange bekannt und sind auch in „normalen Zeiten“ ein Gewinn für die Schüler:innen: Selbständiges Erarbeiten von Wissen und Kompetenzen – allein und in Gruppen, Projektarbeiten, Lernen durch Lehren, Flipped Classroom usw. Stattdessen überwiegt weiterhin der Frontalunterricht aus der didaktischen Steinzeit.

Volkmar Heitmann sagt: „Niemand will erneute Schulschließungen. Auch wir wollen für unsere Kinder einen weitestgehend störungsfreien Schulalltag, den sie dringend brauchen. Das aber setzt voraus, dass wir uns der Realität stellen und dass deutlich mehr für den Infektionsschutz in den Schulen getan wird.“ Eine optimale Unterrichtsversorgung darf nicht um jeden Preis erreicht werden. Eine Durchseuchung unserer Kinder darf mit Blick auf Longcovid und die verstärkte Gefahr auf weitere Mutationen nicht das Ziel sein. Der Präsenzunterricht muss so sicher wie möglich gestaltet werden. Dazu ist ein Mix aus verschiedenen Maßnahmen notwendig. Deshalb fordern wir:

1. Einen stetigen Ausbau bzw. eine stetige Fortentwicklung von sicherheitserhöhenden Maßnahmen; so müssen die Testverfahren angepasst werden (zum Beispiel PCR-Tests im Pool-Verfahren) und eine flächendeckende Versorgung mit Luftreinigungsgeräten insbesondere in den Räumlichkeiten, in denen nicht geimpfte Schüler:innen unterrichtet werden, da das Lüften nur unter bestimmten Bedingungen (ausreichende Unterschiede im Temperaturniveau, leistungsstarke Heizungsanlagen) wirksam ist,
2. das Erarbeiten von Konzeptionen und Maßnahmen für den Fall, dass eine durchgehende Präsenzbeschulung nicht möglich ist,
3. den landesweiten Ausbau der Schulsozialarbeit und der schulpsychologischen Betreuung, um die bereits entstandenen Probleme flächendeckend begleiten und aufarbeiten zu können,
4. die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Schulen, nach Beschlüssen der Schulgremien, zumindest der Schulkonferenz, flexible auf Situationen vor Ort ohne Genehmigung von Schulamt oder Ministerium geeignete Maßnahmen zu ergreifen (wie zum Beispiel Wechselunterricht),

5. sowie endlich deutliche, fundierte und hessenweite verbindliche Vorgaben für einen qualitativ hochwertigen Distanzunterricht als Onlineunterricht (eventuell auch schulübergreifend) insbesondere für die Schüler:innen, die von Schuljahresbeginn an nicht am Präsenzunterricht teilnehmen werden.

Bezüglich der veränderten Impfpfehlung der STIKO für Kinder ab 12 Jahren betont der Landeselternbeirat nochmal die Freiwilligkeit dieser Maßnahme. Die Entscheidung dafür oder dagegen ist im privaten Umfeld zu treffen. Impfaktionen, die während der Schulzeit stattfinden sollen und eventuell der freien Entscheidungsfindung entgegenstehen sowie jegliche Beeinflussung der Schüler:innen durch die Lehrkräfte lehnen wir auch weiterhin ab. Sehr wohl befürworten wir Impfaktionen in Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten, weil sich hier Kinder mit ihren Eltern an bekannten Orten impfen lassen können.

Ihre Ansprechpartner:

Volkmar Heitmann

Vorsitzender des Landeselternbeirats von Hessen,

[volkmar.heitmann@leb-hessen.de](mailto:volkmar.heitmann@leb-hessen.de)

Mobil: 0177 7704380

Thorsten Sprenger

Stellvertretender Vorsitzender

[Thorsten.Sprenger@leb-hessen.de](mailto:Thorsten.Sprenger@leb-hessen.de)

Mobil: 01590 1733065

Ingo Radermacher

Stellvertretender Vorsitzender

[Ingo.Radermacher@leb-hessen.de](mailto:Ingo.Radermacher@leb-hessen.de)

Mobil: 0160 5916615